

Letzte Chance vor dem Zerfall

Von Guido Steinberg

Bagdads neue kurdisch-schiitische Koalition könnte die Bemühungen um eine nationale Versöhnung mit den Sunniten beenden. Aber eine Regierung, die gemeinsame Interessen verfolgt, ist die einzige Hoffnung für den Irak. Sogar die Stabilität, die ein schiitisch dominiertes Regime brächte, wäre besser als das derzeitige Chaos.

Wie so oft macht der Irak auch dieser Tage wieder Schlagzeilen, weil islamistische Terroristen einen besonders Aufsehen erregenden Anschlag verübt haben. Vergangene Woche traf es die kleine Minderheit der Jesiden im Nordirak. Mehr als 400 Menschen starben bei Attentaten westlich von Mossul. Nachrichten von einer wichtigen politischen Entwicklung traten gegenüber diesen grauenvollen Ereignissen zurück: Der harte Kern der "Regierung der nationalen Einheit" von Ministerpräsident Maliki einigte sich auf die Bildung einer neuen Koalition. Dies ist eine gute Nachricht, denn nur eine solche kleinere Regierung effektiv miteinander kooperierender Partner bietet die Aussicht auf eine langfristige Stabilisierung des Landes. Über die Zukunft des Irak entscheiden politische Schritte wie diese, nicht die Gewalttaten terroristischer Gruppen.

Zu den Unterstützern des neuen Bündnisses gehören zunächst die beiden Kurdenparteien Patriotische Union Kurdistans (PUK) und Demokratische Partei Kurdistans (KDP) sowie die Schiiten des Irakischen Islamischen Hohen Rates und der Daawa-Partei, der auch Maliki angehört. Es ist nun kein Zufall, dass es sich bei diesen vier um diejenigen handelt, die den Umbau des Irak zu einem föderalen Staat betreiben. Die "Föderalisten" bilden schon seit 2005 ein gemeinsames politisches Lager und haben auch die Ausarbeitung der Verfassung von 2005 dominiert. Sie sind die einzigen Kräfte der irakischen Politik, von denen Fortschritte bei der Stabilisierung des Landes erwartet werden dürfen. Daran ändert auch die Beobachtung nichts, dass es ihnen weniger um ein funktionierendes föderales System als um eine machtpolitisch motivierte Autonomie geht:

Für die beiden Kurdenparteien ist das Föderalismusprojekt eine Kompromisslösung zwischen dem lang gehegten Wunsch nach einem unabhängigen Kurdenstaat und der Einsicht, dass der Widerstand der Nachbarstaaten gegen seine Gründung zu groß wäre. Sie versuchen, ihre schon 1991 eingerichtete Autonomiezone durch den Anschluss von Nachbargebieten auszubauen. Angesichts des Konfliktes im Zentralirak wollen die Kurdenparteien so stark und unabhängig von Bagdad sein, dass sie sich im Falle einer Eskalation schnell und problemlos abspalten könnten.

Gefahr der Aufspaltung

Ähnliche Motive treiben den Irakischen Islamischen Hohen Rat an. Er ist die stärkste schiitische Gruppierung im Irak und fordert die Einrichtung einer föderalen Region der neun vorwiegend schiitisch besiedelten Provinzen südlich von Bagdad. Die Daawa-Partei ist nur noch sein Juniorpartner. Auch ihm geht es vor allem darum, im Falle einer Eskalation des Bürgerkrieges im Zentralirak über eine sichere Machtbasis zu verfügen. Da die Kurdenparteien und der Hohe Rat die wichtigsten amerikanischen Verbündeten im neuen Irak sind, haben sie ihre Vorhaben seit 2005 weitgehend ungehindert vorangetrieben. Einher geht die Gefahr einer Aufspaltung des Landes, falls sich die Gewalt im Zentralirak fortsetzt. Eine Chance besteht hingegen darin, dass sich mit den vier Parteien Partner gefunden haben, die seit 2005 effektiv miteinander kooperieren, um ihre Projekte durchzusetzen und gleichzeitig Einfluss in Bagdad zu bewahren.

Eine Konsolidierung des Zentralstaates kann heute nur noch gelingen, wenn der neuen Koalition erlaubt wird, effektiv zu arbeiten. Dass die Föderalisten im Frühjahr 2006 von den USA gezwungen wurden, eine Regierung der nationalen Einheit unter Einbeziehung sunnitischer Gruppierungen zu bilden, erwies sich als schwerer Fehler. Eine Aussöhnung der Bürgerkriegsparteien wurde nicht erreicht, effektives Regierungshandeln gleichzeitig unmöglich gemacht.

Heute aber besteht zumindest die Aussicht, dass eine kleinere Regierung der Föderalisten handlungsfähig sein wird. Sollten sich positive Ansätze zeigen, besteht für die Kurdenparteien und den schiitischen Hohen Rat auch kein Grund mehr, sich vom irakischen Staat zu trennen. Aufgrund ihrer starken Positionen in den Provinzen im Norden und Süden des Landes sind sie die einzigen Akteure, die stark genug sein könnten, das Land in einigen Jahren zu befrieden.

Kein Ende der Gewalt

Problematisch ist jedoch vor allem, dass ihre Allianz nicht stark genug sein könnte. Im Parlament stützt sie sich nur auf knapp die Hälfte der Abgeordneten. Die Sadr-Bewegung und die sunnitischen Organisationen gehören zum gegnerischen Lager. Dennoch ist die Bildung einer verkleinerten Regierung die einzige Möglichkeit, die Zukunftsfragen des Irak schnell anzugehen. Vor allem wird nur sie in der Lage sein, effektiv agierende Sicherheitskräfte aufzubauen.

Betrüblich ist allerdings, dass dies kein Ende der Gewalt im Land bedeuten würde. Vielmehr würde die neue Regierung stark schiitisch geprägt und die von ihr kontrollierten Sicherheitskräfte von Schiiten dominiert. In einer solchen Konstellation bestünde keine Hoffnung auf eine Aussöhnung mit den Sunniten, wohl aber darauf, dass schrittweise Sicherheitskräfte aufgebaut würden, die ihre Aufgaben erfüllen könnten. Der Bürgerkrieg würde fortgesetzt, nur eben mit der Aussicht auf eine Beendigung. All denen, die jetzt noch von "nationaler Aussöhnung" oder einer "Demokratisierung" des Irak sprechen, mag dies zynisch erscheinen. Doch eine Demokratisierung des Landes war schon 2003 nur ein Tagtraum der Bush-Administration. Heute geht es nur noch darum, ein Mindestmaß an Stabilität herzustellen, auch wenn eine schiitische Diktatur im arabischen Teil des Irak hierfür verantwortlich wäre.

Die fortgesetzte Präsenz der US-Truppen in dem hier geschilderten Szenario könnte verhindern helfen, dass die Nachbarstaaten verstärkt intervenieren und so das Kräfteverhältnis zuungunsten der irakischen Regierung verändern. So böte sich dem neuen Bündnis die Chance, seine Aufgaben schrittweise anzugehen. Im Idealfall könnte die US-Regierung noch dafür sorgen, dass die Basis der neuen Koalition um einige Sunniten verbreitert würde. Die Bush-Administration sollte sich aber schnellstens von der Vorstellung verabschieden, dass sie mehr tun kann als das Schlimmste zu verhindern - eine vollständige Auflösung des irakischen Staates.

© SPIEGEL ONLINE 2007

ZUR PERSON

Guido Steinberg ist Islamwissenschaftler und Buchautor. Zuletzt erschien von ihm **"Der nahe und der ferne Feind. Das Netzwerk des islamistischen Terrorismus" (C.H. Beck 2005)**. Steinberg ist Irak- und Terrorexperte bei der "Stiftung Wissenschaft und Politik". Zuvor war er Referent im Bundeskanzleramt.